

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/52. Jahrgang

November 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

## Sollen die Armen das Klima retten?

Zur Verlangsamung der Erderwärmung setzt die neue wie die alte Regierung auf CO<sub>2</sub>-Steuern und auf den Markt, der angeblich alles regelt. Strom, Gas, Kohle, Öl, Benzin und Diesel werden mit einer Abgabe belegt.

Wie wirkt diese Abgabe? Die reichsten 10% im Land sind für etwa 40% der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Mit ihren Wohnsitzen in mehreren Ländern oder gar Kontinenten, ihren Privatjets, Yachten und Luxuslimousinen verbrauchen sie natür-



lich viel Energie. Über eine Verteuerung lachen sie nur, keiner wird sich einschränken. Im Gegenteil, die Multimillionäre haben ein neues

Hobby entdeckt, den Weltraumtourismus. Mit jedem Raketenstart verbrauchen sie mehr Energie als ein Normalbürger im ganzen Leben.

Weitere 40%, die von ihrem Einkommen und Vermögen ganz gut leben können, haben in verschiedenem Maß die Möglichkeit, durch Investitionen (sparsame Elektrogeräte, bessere Heizungen, energetische Sanierungen) Energie einzusparen. Oft wird das aber durch die zur Herstellung notwendige Energie und Mehrverbrauch an anderer Stelle zunichte gemacht.

Fortsetzung auf Seite 2

## Außer Spesen nichts gewesen

„Der Klimawandel erfordert rasches und energisches Handeln.“ Diese Worte sprach die Noch-Bundeskanzlerin Angela Merkel, damals Umweltministerin, auf der ersten Weltklimakonferenz. Sie fand 1995 in Berlin statt. Zehn Jahre später beschlossen Staats- und Regierungschefs aus 195 Ländern in Paris ein völkerrechtlich bindendes Abkommen. Das Ziel ist, die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten. Geredet wird viel über den Klimawandel. Besonders gerne von den Industrieländern, besser gesagt den imperialistischen Staaten – am liebsten auf verschiedensten Gipfeltreffen. Im Juni trafen sich die G7, am vergangenen Wochenende die G20. Die Ergebnisse der groß inszenierten Konferenzen sind

genauso Mau wie die Aktivitäten der G7-Staaten gegen den Klimawandel. Im Klimaschutzindex, den Nichtregierungsorganisationen herausgeben, geben sie ein schlechtes Bild ab. Deutschland lag 2015 im weltweiten Vergleich auf Rang 22 und verbesserte sich bis 2021 leicht auf Platz 19. Frankreich, 2017 auf Platz vier, stürzt auf die 23. Italien 27, Bestplatzierung 11. Japan verbesserte sich leicht auf Rang 45. Kanada pendelt um den Platz 58. Die USA sind im freien Fall von Rang 34, den sie 2016 erreichten, und seit zwei Jahren das Schlusslicht. Einzig die Briten sind stabil unter den ersten Zehn zu finden.

(Weiterlesen hier: <https://www.unsere-zeit.de/ausser-spesen-nix-gewesen-162393/>)

### Inhalt

Machtpolitik / Da hatten wir eine Wahl	S. 2
Uni: kaum Präsenzunterricht / Corona-Chaos / Impfstoffe: Monopol-Profit	S. 3
Zwei-Klassen-Schulsystem / Warnstreik Öffentl. Dienst	S. 4
Schwanenteich / SDAJ zum Kapitalismus	S. 5
Antisemitische Vorwürfe / Folgen des Stellenabbaus	S. 6
UKGM: Personal flieht / Projekt zu Zwangsarbeit	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Matratze: Freiheit für Antifas	S. 8

**Für Frieden und Sozialismus!**

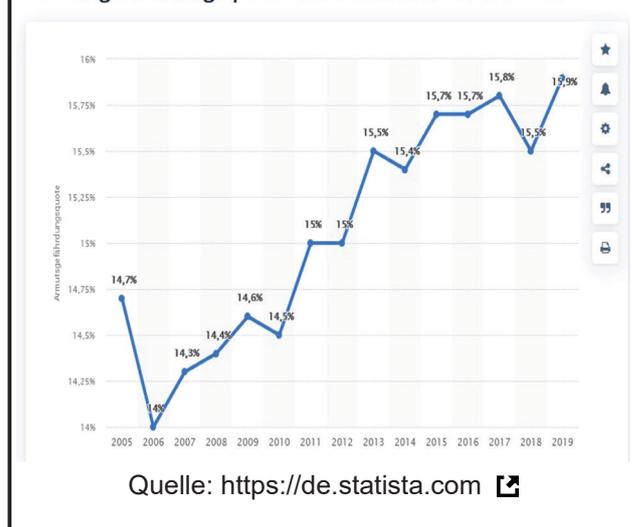
**DKP**

Wirklich sparen muss nur der ärmste Teil der Bevölkerung – der aber sowieso schon für viel weniger als den durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß verantwortlich ist. Er muss sich bei Heizung, Beleuchtung, Kommunikation, Mobilität einschränken, manche stehen vor der Alternative „hungern oder frieren“.

In anderen Ländern, z. B. in der alles andere als sozialistischen Schweiz, ist die CO<sub>2</sub>-Steuer so geregelt, dass durch Rückzahlung an die Bevölkerung für Ärmere die Mehrausgabe mehr als ausgeglichen wird. In Deutschland dagegen gibt es Steuererleichterungen – und davon profitieren die mit den höchsten Einkommen am meisten. Der Abstand zwischen Reich und Arm wird weiter vergrößert. Von einem Systemwechsel, der oft auch bei Fridays for Future-Veranstaltungen gefordert wird, und von uns ohnehin, sind wir weit entfernt.

G.L.

Armutsgefährdungsquote in Deutschland von 2005 bis 2019



## Machtpolitik in Gießen

Bis gegen Mittag war am 30. September die Welt noch in Ordnung - die Liste für den ehrenamtlichen Magistrat stand! Zwei Vertreter der Gießener Linken (Francesco Arman und Helmut Appel) sollten in das Gremium gewählt werden. Doch dann wurde auf Betreiben des grünen Koalitionspartners die Liste gekippt. Der starke Mann der Gießener Grünen, Alexander Wright, hatte Probleme mit dem Namen *Helmut Appel*. Als Gewerkschafter und engagierter Vereinsvertreter ist er in Gießen bekannt und sollte als Vertreter des Linken Bündnisses in den Magistrat gewählt werden. Helmut Appel wurde von der Koalitionsliste gestrichen und durch Lara Herrlich (PdL) ersetzt.

Nach den antikommunistischen Ausfällen gegen die Stadtverordnete Martina Lennartz, die als DKP-Mitglied Teil der Koalition ist, wird das nicht der letzte Versuch der Gießener Grünen gewesen sein, ihre Politik bzw. Personalpolitik mit allen Mitteln durchzusetzen. Aber: im Frühjahr vor Kraft kaum laufen können, dann der Dämpfer Bundestagswahl, keine Landrätin Gromes und nun auch kein grüner Oberbürgermeister in Gießen - "macht nix" werden die Grünen sich sagen, dann wird der Alex halt Bürgermeister ...

Erwin Lottermann

## Da hatten wir eine Wahl

Da hatten wir also die Bundestagswahl, „Höhepunkt der Demokratie“. Die großen Parteien, CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne standen zur Wahl, unter dem Rattenschwanz unbedeutender kleinerer Parteien auch noch „Linke“, die sich den Großen bis zur Unkenntlichkeit angepasst hatten. Nun bilden die Sieger eine Regierung: SPD, Grüne und FDP. Sie wollen „Deutschlands Verantwortung für die Welt“ stärken.

Das hatten wir schon einmal, als SPD und Grüne mit Kanzler Schröder und Außenminister Fischer regierten: damals Führung des Krieges gegen Jugoslawien. Weiter heißt es nun: „Praxisnahe Auswertung des Afghanistan-Einsatzes“, denn Deutschland wird bekanntlich am Hindukusch verteidigt. Vor allem machen "wir" uns wie bisher in der Gegnerschaft zu Russland und China stark. Zwar ist die NATO Russland durch Einverleiben Ostdeutschlands, der Warschauer-Vertrags-Staaten und zukünftig der Ukraine auf den Pelz gerückt, doch unter Adenauer wurde die neue deutsche Wehrmacht auch

schon aufgebaut, um zu verhindern, dass die Russen ihre Pferde im Rhein tränkten.

In der Wirtschaftspolitik sieht es so aus, dass die Schuldenbremse bleibt – das ist man der FDP schuldig und selber will man es schließlich auch. Unternehmenssteuern werden nicht erhöht, Vermögenssteuern soll es nicht geben. Dafür soll „Hartz IV“ zukünftig „Bürgergeld“ heißen. Die Deutsche Rentenversicherung soll „ihre Reserven am Kapitalmarkt“ anlegen – die Riester-Rente lässt grüßen. Die Altersvorsorge von Millionen Werktätigen wird in Zukunft dem Börsen-Kasino zugeführt. Senken der Armutsquote, Pflegereform: keine Aussagen. Eine Bochumer Delegierte des Zustimmungsparteitages der Grünen beendete ihre Rede: „Ich habe das Gefühl, die FDP hat die Wahl gewonnen.“ Auch der rechte Flügelmann der CDU ist zufrieden: „Sie haben mit dem Sondierungspapier, wie ich finde, ein beachtliches Papier vorgelegt.“

Klaus Mewes

**GIB ANTIKOMMUNISMUS, FASCHISMUS,  
RASSISMUS & ANTISEMITISMUS  
KEINE CHANCE!**

**STOP  
GIB ANTIKOMMUNISMUS  
KEINE CHANCE!**

# Uni: Wieder kaum Präsenzunterricht

„Wie schön wäre es an der Uni, wenn nicht jedes Mal zum Semesteranfang diese lästigen Studentinnen und Studenten kämen“ – dieser Ausspruch wird schon seit langem den Professorinnen und Professoren unterstellt. Die Reaktion der Universitätsleitung auf die Corona-Pandemie zeigt, dass diese Ansicht nicht ganz unbegründet ist. Die

Studierenden erhielten kürzlich die Mitteilung, dass das Studium auch im kommenden Semester vorwiegend online abgewickelt wird – zum 4. Mal hintereinander. Anscheinend macht sich dort niemand Gedanken darüber, wie man mit durchdachten Hygienekonzepten ein weitgehend normales Studium gestalten könnte. Bei dieser Einstellung könnte man

Präsenzuniversitäten abschaffen und durch Fernunis ersetzen. Die schon bestehenden Einrichtungen dieser Art können das besser als das auf diesem Gebiet dilettierende Universitätspersonal.

An der THM wird, soweit bisher bekannt, zumindest eine Mischung aus Online- und möglichst viel Präsenzunterricht angeboten. G.L.



## Und das Corona-Chaos geht weiter ...

... ups, da steht der Winter vor der Tür. Infektionszahlen gehen mächtig in die Höhe, Ärzte schlagen Alarm, Krankenhäuser schreiben rote Zahlen, Intensivbetten und Personal fehlen. An den Schulen fällt die Maskenpflicht. Wo und warum welche G-Regelung gilt, versteht kein Mensch. Spahn will die Impfzentren zum Boostern öffnen - für Alte oder doch für alle? Das Chaos nimmt wieder an Fahrt auf. Ach wie gut, dass sich die Wut gegen Kimmich und Wagenknecht richtet und nicht gegen die Pharmakonzerne, ihre willigen Vollstrecker und die Saboteure am Gesundheitswesen.

## Impfstoffe: Regierung schützt Monopol-Profite

Trotz vorhandener Impfstoffe rollen die Corona-Wellen weiter und beeinträchtigen das Zusammenleben der Menschen. Das hängt auch mit den niedrigen Impfquoten zusammen. Warum werden dann nicht mehr Impfstoffe zugelassen? Manche misstrauen den Vektor- und mRNA-Seren, da sie genetische Informationen in körpereigene Zellen einschleusen. Für diese Skeptiker gäbe es Impfstoffe, deren Wirkung auf unschädlich gemachten Viren beruht. Andere misstrauen den profitorientierten Pharmakonzerne und würden Stoffe aus anderen Ländern wie China, Kuba oder Russland akzeptieren. Obwohl diese Seren inzwischen weltweit millionenfach gespritzt wurden, haben unsere Behörden diesen Mitteln bislang keine Genehmigung erteilt. Es geht so weit, dass Personen, die im Ausland mit diesen Stoffen ge-

impft wurden, hierzulande als ungeimpft gelten. Die Konzerne, welche die zugelassenen Impfdosen herstellen, machen Monat für Monat Milliarden Gewinne, ihre Gewinnspanne beträgt mehr als 100% (eine Ausnahme ist das Serum von AstraZeneca, das zum Selbstkostenpreis abgegeben wird).

In ärmeren Ländern ist die Impfquote wegen fehlender Impfstoffe noch sehr niedrig. Um das zu ändern, müssten die Patente freigegeben werden und den dortigen Herstellern müsste geholfen werden, in die Produktion einzusteigen. Solange das nicht passiert, sind der Fortlauf der Pandemie und damit die Profite der Konzerne gesichert. Jetzt läuft für viele in den Industrieländern die dritte Impfung an – ohne Änderung des Systems wird das endlos so weiter gehen.

Gernot Linhart



# Zwei-Klassen-Schulsystem

Jubel herrschte an der Ludwig-Uhland-Schule: Die Eltern griffen in den eigenen Geldbeutel, um der Schule mobile Luftreiniger in Corona-Zeiten zu spendieren. Nun – das ist kein „Quantensprung“, wie der Rektor meint. Aber den Kindern und Lehrern bleibt erspart, alle 20 Minuten den Unterricht zu unterbrechen, um den Raum zu lüften. Außerdem „sind wir gut gerüstet für die Grippesaison“.

Was ist aber mit den Schulen ohne die reichen Eltern, die mal eben 100 Euro (Liebig-Schule) übrig haben? Verantwortlich für die Ausstattung der Schulen sind der Gießener Magistrat und das Stadtparlament. Die verantwortlichen Parteien haben in den letzten Jahren Steuergelder für protzige Projekte wie Bushäuschen, Landesblümchenschau, neues Rathaus, Zuschüttung der Ostanlagen-Unterführung zum Rathausfenster rausgeworfen. Jetzt verwalten sie die Defizite und haben kein Budget für die Kinder. Außerdem leisten sie gegen die Landesregierung keinen Widerstand, um die verfassungsrechtlich geforderte Finanzierung des Stadtsäckels durchzusetzen.

Auch die Bundeszuschüsse sind unzureichend, denn die Regierung



finanziert lieber Bomben, Panzer und Eingriffe der Bundeswehr in aller Welt. Da bleibt für die Schulen der Kinder von Lohnabhängigen und von Hartz IV Abhängigen nichts übrig. Auch in der Schulpolitik fällt kein Manna vom Himmel. Jede Verbesserung für die Kinder muss von den Eltern gemeinsam mit der Gewerkschaft GEW erkämpft werden. Sonst leidet nicht nur die Gesundheit der Kinder.

(alle Zitate aus: Gießener Anzeiger) M. Berger

## Klassengesellschaft

Klassen haben zwei Bedeutungen: Jeder war mal in einer Schulklasse. Soziale „Klasse“ ist aber auch ein wissenschaftlicher Begriff für eine ökonomische Gruppe von Menschen.

Im Kapitalismus stehen sich Arbeiterklasse und Kapitalisten gegenüber. Sie haben einen unterschiedlichen Platz im System der gesellschaftlichen Produktion, ein unterschiedliches Verhältnis zu den Produktionsmitteln und gegensätzliche Interessen.

# Warnstreik im Öffentlichen Dienst



Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Ver.di, IG BAU, GdP und GEW) riefen am 12.10.2021 hessenweit ihre Mitglieder auch auf dem Gießener Kirchenplatz zu einem Warnstreik auf.

5% mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 175€ sind die Forderungen in dieser Tarifrunde. Außerdem wird eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro und eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach bestandener Abschlussprüfung gefordert. Das Ergebnis der Verhandlungen war mager: 2,2% mehr ab 01.08.2022, weitere 1,8%, mindestens 65 Euro ab 01.08.2024, Sonderzahlung von je 500 Euro für 2021 und 2022. Bei der jetzigen Inflationsrate ist das nicht mal ein Ausgleich.

Die kampfbereiten Gewerkschaftskolleg(en)innen werden den Kopf nicht in den Sand stecken, „denn dann sieht man nicht, wer einem in den Arsch tritt.“ Gernot Linhart



# Dank grüner Politik: Schwanenteich - den Bach hinab (Teil 2)

## Schwanenteich – grün wie die Wasserpest

2013 wurde für die Gartenschau über dem Schwanenteich eine neue Brücke eingeweiht. Vom DGB wurde sie als Brücke in die Arbeits- und Hoffnungslosigkeit bezeichnet. Denn sie führte während der Landesgartenschau ins NICHTS, wurde gesperrt. Die alte Hochzeitsbrücke fristete danach ein trostloses Dasein, von einem Bagger zerdellt und verrostet, bis sie wieder aufgemöbelt wurde und im Gras herum steht.

Von der grün bestimmten Stadtregierung wurde einst behauptet,

durch die neue, strackgerade Brücke würde die Fließgeschwindigkeit vergrößert, „um damit für mehr Durchlüftung zu sorgen“ - und damit die Anfälligkeit für Algen zu verringern. Ein Trugschluss oder eine Hinterlist, um die Ausgaben für die Brücke zu rechtfertigen! Auch die „Gewässer-sanierungen“ von Wieseck und Oberlache 2012 und in folgenden Jahren ging daneben.

Durch die Anhebung des Wasserspiegels der Wieseck sollte der Sauerstoffarmut vorgebeugt werden. Sie hat Algenflut und Wasserpest nicht aufgehalten.

Neben dem vielbeschworenen Klimawandel ist die grüne Brühe von der Stadt und dem Gartenamt durch Planungs- und Baufehler selbst verschuldet.

M. Berger



## Wir sitzen nicht alle im gleichen Boot

Im nächsten Jahr sollen weitere 100 Milliarden Euro Schulden aufgenommen werden. Plötzlich ist Geld da: Unsere Schwimmbäder, Schulen und der kleine Musikladen von nebenan werden aber nichts davon sehen. Die Kurzarbeit ist zwar von 10 Millionen Beschäftigten (Mai) auf „nur“ 4 Millionen (August) zurückgegangen, soll aber weiter verlängert werden. Hilft den Leuten halt auch nicht, wenn sie danach trotzdem gekündigt werden. Tausende werden bei Lufthansa, Continental, Airbus und Opel ihren Job verlieren. Und dann geht die „Arbeitgeber“seite im Öffentlichen Dienst noch in die Vollen und spuckt den Beschäftigten mit ihrem Angebot 1,7% Lohnerhöhung vor die Füße, nachdem sie das sozialpartnerschaftliche Angebot über Vertagung der Tarifrunde und Einmalzahlung Anfang des Jahres abgeschmettert hat. Hoffnung macht, dass trotzdem gerade im Gesundheitssektor viele ihre Streikbereitschaft signalisieren.



Die Scheiße ist Kapitalismus gemacht

Die KollegInnen fordern insgesamt 4,8% mehr Lohn. Doch keine Illusionen, liebe FreundInnen: Die Streikbereitschaft außerhalb der Gesundheitsbetriebe ist gering. Die Parole der Herrschenden „wir sitzen alle im gleichen Boot, ein Streik ist unverantwortlich“ scheint auch viele der KollegInnen zu verunsichern. VertreterInnen der Linkspartei oder der Gewerkschaft blasen in dieses Horn. Es ist zum Durchdrehen!

Und obwohl uns die „Wirtschaftsexperten“ erzählen wollen, dass sich das wieder normalisiert, spricht kaum einer aus, dass es sich dabei

um den größten Wirtschaftseinbruch seit 1949 handelt.

Wenn wir unseren Arsch nicht hochbekommen, dann sieht es schlecht aus. Und als ob das Abstrafen der „HeldInnen der Corona-Krise“ im TvÖD nicht peinlich genug wäre, geht der inkonsequente Kurs der Regierung im Umgang mit der Pandemie weiter. Wie erwartet sind die Fallzahlen nach der Wiederöffnung der Schule gestiegen. Um die Wirtschaft zu schützen, wird über Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung hinweggesehen. Leute! Lasst euch nicht erzählen, die Pandemie sei der Grund für diese ganze Scheiße! Sie macht es sicher schwieriger, aber es ist der Kapitalismus, der die vielen Tausend Arbeitsplätze, schlechte Löhne und steigenden Infiziertenzahlen zu verantworten hat!

Domi, SDAJ



# Alter Wein in neuen Schläuchen

Ausgerechnet am Antikriegstag (01.09.), veröffentlichte der Gießener Anzeiger einen reißerischen Beitrag gegen die Organisator:innen der vorjährigen Demonstration mit dem Motto "Gegen Faschismus, Armut, Krieg und Krise". Der Artikel begann mit der Frage "Hat er? Oder hat er nicht?", ließ diese jedoch bis zum Schluss unbeantwortet. Gemeint waren die Worte des Redners der Kommunistischen Organisation und ob sie antisemitisch gewesen seien. Diese Verleumdung wurde in dem jüngst veröffentlichten Verfassungsschutzbericht aufgewärmt. Vor anderthalb Jahren hatte der Gießener Anzeiger noch auf Stimmungsmache verzichtet, da der anwesende Redakteur weder beim Hören noch beim Lesen des Skripts antisemitische Anspielungen hatte

feststellen können. Die Gießener Allgemeine jedoch hetzte schon 2020 und nutzt nun den VS-Bericht, um erneut gegen Kommunist:innen Front zu machen. Beide Zeitungen lassen die Leser:innen aber (bewusst?) im Dunkeln, was auf der Demonstration gesagt wurde, obwohl die Rede seit dem 21.02.2021 online zugänglich ist. Qualitätsjournalismus sieht anders aus. In der bürgerlichen Presse geht es aber selten um „neutrale“ Aufklärung, sondern um Stimmungsmache, politische Einflussnahme und nicht zuletzt um Profite und damit um reißerische Schlagzeilen.

Aber was hat er denn nun gesagt? Zunächst beschrieb und verurteilte der Redner die antisemitischen Greultaten im November 1938.

Danach stellte er dar, wie es zu den Novemberpogromen kommen konnte und nahm dabei die NSDAP und das deutsche Kapital in die Verantwortung. Die Rede endete mit einem Gedenken an die Opfer des Faschismus und einem Aufruf zum Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Im Nachgang der Demonstration wurde ein „Antisemitischer Eklat“ zurechtphantiert und somit Antisemitismus verharmlost und kommunistische Kräfte, wie die DKP, ARAG und KO, verleumdet. Klassenkämpferischer Antifaschismus soll so im Keim erstickt werden. **Wer vom Faschismus redet, sollte jedoch vom Kapitalismus nicht schweigen.**

Tobias Salin

## Folgen eines dramatischen Stellenabbaus

"Warum streikt ihr? Euch geht es doch gut." Mit dieser Aussage werden Beschäftigte im Öffentlichen Dienst bei Arbeitskämpfen konfrontiert, obwohl ihr Arbeitsalltag längst durch Stellenabbau, Arbeitsverdichtung, Befristung geprägt ist. Mit den 90er Jahren begann im Öffentlichen Dienst die Phase der Kürzungen und Privatisierungen. Zwischen 1991 und 2020 ging die Anzahl der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Kommunen von 6,74 auf 4,97 Millionen zurück.

Wie stark die Personalausstattung die Arbeitsintensität bedingt, darüber gibt die Sonderauswertung des „DGB-Index Gute Arbeit“ Aufschluss. In der Untersuchung gaben 45% an, sehr häufig oder oft wegen fehlendem Personal mehr arbeiten zu müssen. Bei den Beschäftigten in öffentlichen Krankenhäusern liegt der Wert sogar bei 78%. Das hat gesundheitliche Beeinträchtigungen zur Folge. Psychische Erkrankungen als Grund für Arbeitsunfähigkeit haben an Bedeutung gewonnen.

Deutschlands öffentliche Hand

verliert im Vergleich mit anderen Staaten an beschäftigungspolitischer Bedeutung. In Schweden, Dänemark und Norwegen liegt der Anteil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung gemäß OECD bei knapp 30% - in der BRD

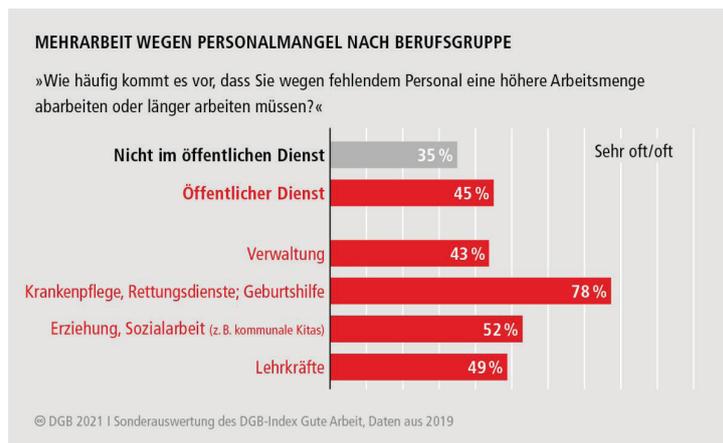
von 9,8 auf 14,5%. Im Juni 2020 waren 445.405 Mitarbeiter befristet beschäftigt, davon 74.000 sachgrundlos. Besonders hoch ist der Anteil der befristet Beschäftigten mit 67,9% an den Hochschulen.

Diese Verschlechterungen wurden von Menschen gemacht und können von Menschen wieder rückgängig gemacht werden. Der DGB fordert einen Personalaufbau auf Grundlage bindender Personalbedarfsanalysen. Sachgrundlose Befristungen sind abzuschaffen. Überstunden müssen zeitnah abgebaut werden können. Eine angemessene Entlohnung der Beschäftigten ist nötig.

Angesichts exorbitanter Vermögenszuwächse der Superreichen wäre Geld für diesen Maßnahmenkatalog reichlich vorhanden. Die zukünftige Ampel-Koalition will jedoch hier auf eine angemessene Besteuerung verzichten.

Ulf Immelt

siehe auch <https://www.unserezeit.de/folgen-eines-dramatischen-stellenabbaus-162253/> 



nur bei 10,6%. Auch gemessen an der Wirtschaftsleistung geben die skandinavischen Länder mit durchschnittlich 14,4% des BIP mehr für diesen Sektor aus als Deutschland (8,5%).

Der Öffentliche Dienst ist auch durch die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse geprägt. Der Anteil befristeter Arbeitsverträge stieg zwischen 2004 und 2020

# Personal flieht aus Uniklinikum

„Wir wollen der beste Arbeitgeber (Anm. der Red.: So nennen sich die, die sich das Arbeitsergebnis anderer aneignen) Mittelhessens werden“ – so tönte es vor einigen Jahren aus dem Vorstand des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM). Das Gegenteil ist der Fall – dem Unternehmen läuft das dringend benötigte Fachpersonal weg. Im Marburger Klinikum haben 15 von 16 Pflegekräften der gefäßchirurgischen Station gekündigt und sind ans Evangelische Krankenhaus in Gießen gewechselt.

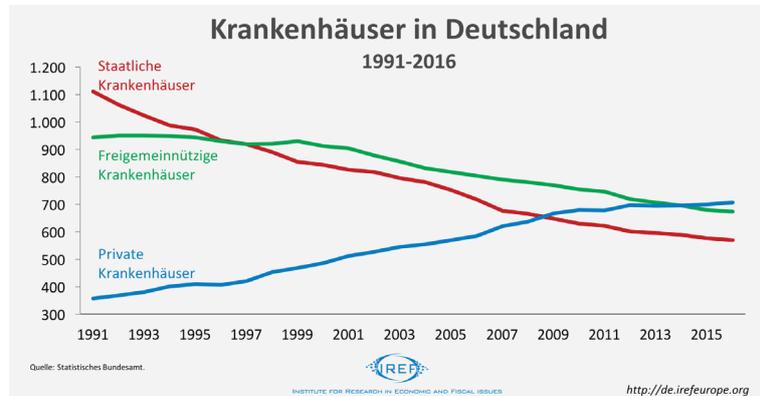
Am UKGM wird seit Jahren das Pflichtbewusstsein des Personals ausgenutzt, um mit immer weniger Beschäftigten immer mehr Patienten zu versorgen. Die massenhaft eingehenden Überlastungsanzeigen werden ignoriert. In Marburg scheint die Stimmung besonders schlecht zu sein. Dort

werden Versprechungen aus Beratung zwischen Leitung und Personal nicht umgesetzt. Jetzt wurde dem Pflegedirektor eine zweite Kraft zur Seite gestellt, der Ärztliche Leiter wurde durch einen Vertrauten des Rhön-Vorstands er-

reagiert nicht auf Hilferufe aus dem Personal und vom Betriebsrat.

Hilferufe an die Öffentlichkeit kommen auch vom nicht privatisierten Uniklinikum in Frankfurt. Mit der Finanzierung durch Fallpauschalen wurde auch in staatlichen, kirchlichen, kommunalen und gemeinnützigen Krankenhäusern eine Fehlorientierung auf Wirtschaftlichkeit ausgelöst. Im Vordergrund des Handelns steht nicht mehr das Wohl der Patienten, sondern der finanzielle Ertrag. Bei dem ständig überlasteten Personal führt das zu Frustration, viele ausgebildete Pflegekräfte verlassen den Beruf oder reduzieren ihre Stundenzahl. Ohne grundlegende Änderungen im System der Krankenversorgung wird sich am Pflegenotstand, der sowohl für die Patienten als auch für das Personal schädlich ist, nichts ändern.

G.L.



setzt. Da sich die Profitorientierung des Betriebes nicht ändert, wird das nicht viel nützen. Die auch nach der Privatisierung immer noch für die Krankenversorgung im Land verantwortliche Landesregierung greift nicht ein, Wissenschaftsministerin Dorn (Grüne)

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen. **Teste die beste** linke, überregionale Tageszeitung. *junge Welt* Kämpfen statt... **Drei Wochen gratis.** Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

## Gewerkschaftliches Projekt zu Zwangsarbeit in Mittelhessen

Ehrenamtliche Gewerkschafter:innen der IG Metall-Jugend haben sich mit Zwangsarbeit während des deutschen Faschismus in Mittel- und Nordhessen beschäftigt. In einer Seminarreihe näherten sie sich dem Thema und beschäftigten sich mit Definitionsversuchen, Daten und Fakten der Zwangsarbeit, um anschließend selbst in Archiven zu ihrer Heimatregion und den Betrieben, in denen sie aktuell arbeiten, zu recherchieren.

Bis heute gibt es keine wissenschaftlich einheitlich Definition von Zwangsarbeit. Kombiniert man verschiedene Ansätze, könnte eine Definition wie folgt aussehen: Zwangsarbeit ist unfreie Arbeit, in der es um doppelte Ausbeutung

der Arbeitskraft bis hin zur Vernichtung der Arbeiter:innen geht. Handlungsspielräume und der Rechtsstatus der Betroffenen sind stark eingeschränkt. Im deutschen Faschismus unterschieden sich diese nach rassistischen Kategorien, so hatte ein belgischer Zwangsarbeiter wesentlich mehr Spielraum als eine Zwangsarbeiterin aus der UdSSR oder eine polnische Jüdin.

Die Faschisten führten einen Vernichtungskrieg im Osten und die Industrie profitierte hiervon massiv. Schätzungsweise 112,5 Mrd. Euro Lohn wurden durch Zwangsarbeit eingespart. Deutsche Unternehmen profitieren bis heute von Erträgen der Zwangsarbeit. 60 Jahre später zahlten sie nach internationalem

Druck und aus Angst vor einer Sammelklage insgesamt 2,5 Mrd. Euro Entschädigung.

Auch Großbetriebe in Mittelhessen bereicherten sich an dieser unfreien Arbeit und nahmen den Tod ihrer Arbeitskräfte billigend in Kauf. Die größten Lagerwarendabei an Buderus-Betriebe angegliedert. Auch einem der größten "Endphase"-verbrechen der Region fielen Zwangsarbeiter:innen von Buderus zum Opfer. Am 26. März 1945 wurden 81 Frauen und 6 Männer in einer selbst ausgehobenen Grube in Hirzenhain erschossen und verscharrt. Die IG Metall-Jugend erinnert an diese Verbrechen und plant Gedenktafeln aufzustellen.

Tobias Salin

# Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de) 

**13.11.2021 ab 10:30 Uhr:**  
Infostand am Kugelbrunnen

**12. und 26.11.2021 um 19 Uhr:**  
Stammtisch der DKP Gießen

**27.11.2021 von 10 - 16 Uhr:**  
Seminar "Grundgedanken der marxistischen Philosophie" mit Dr. Wolfgang Trunk, DGB-Dachsaal, Walltorstr. 17

**04.12.2021 ab 10:30 Uhr:**  
Infostand am Nordstadtzentrum

**04.12.2021 um 14 Uhr:**  
Demo gegen Mietenwahnsinn, Berliner Platz, DKP und ARAG



**18.12.2021 ab 19 Uhr:**  
Jahresabschlussfeier

**08. und 09.01.2022:**  
Rosa-Luxemburg-Konferenz  und LLL-Demo in Berlin ; wer mitfahren möchte, bitte melden!

**19.01.2022 um 19 Uhr:**  
Veranstaltung "Der Machtkampf des Westens gegen China" mit Jörg Kronauer



**Redaktionsschluss für das Dezember-Echo: Mi., 24. November**

Lösung des Kreuzworträtsels im Oktober-Echo: *LENIN*

# Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten wir über Tarifikämpfe in Gießener Metallbetrieben. 11% Lohnerhöhung forderte die IG Metall, 4,5% boten die Unternehmer. Von solchen Zahlen können die Beschäftigten in heutigen Tarifrunden nur träumen.

Vor **40 Jahren** lud das Echo zu einer Friedenswoche ein. Kurz vorher waren aus dem Gießener Raum 2.000 Menschen zu einer Friedensdemo nach Bonn gefahren, wo sie mit 300.000 anderen Demonstranten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD protestierten. In der Friedenswoche fand eine Podiumsdiskussion mit prominenten Teilnehmern in der Uni-Aula statt, Abschluss war ein Friedensfest in der Uni-Mensa, bei dem u. a. die Rodgau Monotones spielten.

Vor **30 Jahren** forderten wir die Streichung des §218. In der DDR hatte es diesen Paragraphen nicht mehr gegeben, im Einigungsvertrag war eine Entscheidung zu diesem Thema auf 1992 vertragt worden. Es endete mit einer Verschlechterung

für Frauen auf dem Gebiet der DDR. In Gesamtdeutschland gibt es immer noch den §218 und einen §219, der Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen verbietet.

Vor **20 Jahren** hatte die US-Regierung den Krieg in Afghanistan begonnen. Wir protestierten gegen die Teilnahme der Bundeswehr. Die Schröder/Fischer-Regierung (SPD/Grüne) hatte der USA bedingungslose Gefolgschaft versprochen. Der Militäreinsatz endete in diesem Jahr mit der Flucht der NATO-Truppen aus dem Land.

Vor **10 Jahren** war unser Hauptthema die bevorstehende Landesgartenschau. Michael Beltz hatte als Stadtverordneter beantragt, die Schau abzusagen, der Antrag wurde abgelehnt. Etwa gleichzeitig wurde bekannt, dass in der Wieseckau 350 Bäume gefällt werden sollten. Die Ankündigung des Baumfrevels führte zur Gründung einer Bürgerinitiative gegen die LaGa. Unter anderem Namen gibt es die BI noch immer.

Gernot Linhart

## Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Postfach 110340, 35348 Gießen, **E-Mail:** [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de) **Im Internet:** [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)

# „Linke Politik verteidigen – Freiheit für alle Antifas!“

Solidarität mit Jo, Dy, Linda, Findus und allen inhaftierten Antifaschisten. Die Justiz ist Instrument der herrschenden Klasse, um die die Sicherung ihrer Herrschaft der Klassengesellschaft zu gewährleisten. Paragraph 129 StGB wird von Staatsanwaltschaft und Polizei dazu missbraucht, linke Gruppen zu kriminalisieren.

## Abschaffung des §129 StGB! Kampf der Klassenjustiz!

Vor einem Jahr erinnerte diese Matratze an Repressionen der Klassenjustiz gegen Genoss:innen in Hamburg am 31.08.2020. Heute steht sie für unsere

Solidarität mit den Inhaftierten Jo und Dy und gegen deren hohe Haftstrafen im sogenannten „Wasen“-Prozess. 4½ Jahre für Jo und 5½ Jahre für Dy.

